Gruppe folgt Masterplan

Seit einem Jahr regiert Rot-Grün in Lüneburg – Fraktionsvorsitzende stehen Rede und Antwort

ina **Lüneburg.** Vor einem Jahr haben die Lüneburger ein neuen Rat gewählt. SPD und Grüne stehen seither als Gruppe in der politischen Verantwortung. Im Gespräch mit der LZ haben die Fraktionsvorsitzenden Heiko Dörbaum (SPD) und Andreas Meihsies (Grüne) Zwischenbilanz gezogen: Manches ist auf dem Weg, anderes steht bisher nur auf dem Papier.

Im Wahlprogramm beider Parteien stehen umfassende Punkte für sozialverträgliches Arbeiten, gerechte Löhne, Eindämmung von Leiharbeit – wieso tauchen diese Themen nicht in der Gruppenvereinbarung auf?

Die genannten Forderungen sind in den Wahlprogrammen der Gruppenpartner übereinstimmend enthalten, sodass eine Aufnahme in den Gruppenvertrag entbehrlich war. Darüber hinaus erfolgen Vergaben im Baubereich nur unter der Voraussetzung, dass die Tarifbedingungen eingehalten und die vereinbarten Löhne gezahlt werden. Auch werden von der Stadt keine Produkte erworben, die mit Kinderarbeit im Zusammenhang stehen. Bei der Gesellschaft für Abfallwirtschaft soll die angegliederte Gesellschaft Dienlog aufgelöst werden, sodass die Einstellungen aller Arbeitnehmer durch die GfA erfolgen. Die dazu notwendigen Schritte wurden eingeleitet.

Bäckerstraße und Bardowicker Straße sollten nach dem Vorbild der Grapengießerstraße umgeplant werden – was ist geplant, wie teuer wird sie, und wann soll sie starten?

In Anbetracht der Haushaltssituation müssen wir Prioritäten setzen. Für uns hat die Modernisierung von Schulen und der Bau von Krippenplätzen Vorrang. Gleichwohl streben wir in dieser Wahlperiode die Umgestaltung der Bardowicker Straße und der Großen Bäckerstraße nach Beispielen der Grapengießerstraße und der Kleinen Bäckerstraße an. Begonnen werden soll mit der Bardowicker Straße, der genaue Zeitpunkt hängt von der Entwicklung der Haushaltslage ab.

Im Gruppenvertrag hatten (hinten, v.l.) Heiko Dörbaum, Andreas Meihsies und Ulrich Blanck sowie (vorne, v.l.) Hiltrud Lotze und Ariane Mahlke-Voß die Ziele von Rot-Grün festgelegt. Foto: A/t & w

Wie weit ist es mit der Einführung der Hanse-Card, die Kindern und Jugendlichen aus Hartz-IV-Familien ermöglichen soll, stärker am kulturellen Leben teilzunehmen?

Die Einführung ist für das 1. Quartal 2013 vorgesehen. Wir rechnen mit einem ersten Kostenansatz von rund 50 000 Euro. Der nächste Sozialausschuss wird sich mit den Einzelheiten der Umsetzung befassen.

Alle Grundschulen sollten Ganztagsschulen werden – wie sieht Ihr Fazit nach einem Jahr aus?

Die Anne-Frank-Schule arbeitet längst als „echte“ Ganztagsschule, die Schule Im Roten Felde und die St.-Ursula-Schule (ab 2. Halbjahr 2012/2013) als offene Ganztagsschule. Die Igelschule und die Grundschule Hasenburger Berg werden als nächste mit dem Umsetzungskonzept beginnen, alle anderen sollen folgen. Bereits jetzt gibt es an allen Grundschulen Übermittagsangebote (ÜMI) und Angebote am Nachmittag. Die notwendigen baulichen Maßnahmen erfordern Finanzmittel in Höhe von rund 15 Millionen Euro, wobei in dem Betrag Mittel für Sanierungen enthalten sind. Eine stufenweise Umsetzung ist unumgänglich.

In Kooperation mit der Lüwobau sollte bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Wie steht es damit?

Unserer Gruppe hat im vorigen Monat einen Antrag eingebracht, mit dem die Stadtverwaltung aufgefordert wird, die Rahmenbedingungen für den Bau neuer Wohnungen mit bezahlbaren Mieten – also bis etwa 6,50 Euro pro Quadratmeter – zu prüfen und entsprechende Vorschläge zu entwickeln. Wir sehen mit der Einbeziehung der Lüwobau Chancen zur Realisierung noch in dieser Wahlperiode.

Eines Ihrer Hauptanliegen ist die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden und auch des Wohnungsbestandes der Lüneburger Wohnungsbau, die mehrheitlich der Stadt gehört. Wie ist der Stand der Dinge?

Zurzeit ist unter anderem bei der Lüwobau ein Konzept in Arbeit, mit dem das energetische Sanierungskonzept für 43 Mehrfamilienhäuser und einem Volumen von rund 10 Millionen Euro fortgesetzt werden soll. Die Häuser sind in den Jahren von 1926 bis 1959 gebaut und weisen riesige Energieeinsparpotentiale auf. Und auch in der Gesundheitsholding wird ein energetisches Gesamtkonzept für die Psychiatrische Klinik erstellt.

Angedacht waren die Gründung eines Regionalwerkes für regenerative Energien in der Region und der Bau einer Großsolaranlage auf dem Gelände der GfA – wie ist der Entwicklungsstand, wann gibt es erste Erfahrungswerte?

In den nächsten Wochen wird ein Masterplan erstellt, in dem das Regionalwerk Platz finden wird. Die Großsolaranlage auf der GfA-Deponie, deren Stromerzeugung dem Stromverbrauch von rund 800 Vier-Personen-Haushalten entspricht, ist in Betrieb. Weitere Solaranlagen sind in Planung. Mittlerweile dürfte der Stromverbrauchsanteil, erzeugt aus erneuerbaren Energien, für Lüneburg an die 40 Prozent betragen.